

Lübeck, 10.08.2020

Antrag eines Ausschuss-Mitgliedes

Verantwortliche Bereiche:
Geschäftsstelle der Fraktion BÜ90 DIE GRÜNEN

Bearbeitung: Angela Fiorenza (E-Mail: Angela.Fiorenza@luebeck.de Telefon: 122-1040)

Dringlichkeitsantrag AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Keine weitere Stärkung der Grünen Wiese

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
10.08.2020	Wirtschaftsausschuss und Ausschuss für den "Kurbetrieb Travemünde (KBT)"	Öffentlich	zur Entscheidung

Antrag:

Für die peripheren Einzelhandelszentren (Sonderstandorte mit regionaler und überregionaler Bedeutung, Citti und Luv, "Grüne Wiese") werden keine baurechtlichen Veränderungen mehr gewährt, die deren Attraktivität zu Lasten der Lübecker Altstadt weiter fördern und damit den Abfluss von Kaufkraft aus der Lübecker Innenstadt beschleunigen. Dies beinhaltet, aber ist nicht beschränkt auf die dortige Ansiedlung von Ärztezentren, Ladenhandwerk und Dienstleistungen, die Ausweitung von Flächen für innenstadtrelevante Sortimenten oder Kernsortimente wie Bekleidung und die Veränderung der Liste „Innenstadtrelevantes Sortiment“.

Begründung:

Neben den überregionalen Faktoren Onlinehandel und Coronakrise sowie betrieblichen Gründen ist der massive Abfluss von Kaufkraft aus der Lübecker Innenstadt durch die Errichtung und kontinuierliche Erweiterung der Einkaufszentren auf der "Grünen Wiese" einer der wichtigsten Gründe für die aktuellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten von Karstadt, aber auch für viele weitere der Einzelhandelsaufgaben und -Leerstände in der Lübecker Altstadt.

Während das fortlaufende Wachstum des Online-Handels aus Lübeck heraus kaum beeinflusst werden kann, ist der Abfluss von Kaufkraft auf die "Grüne Wiese" ein hausgemachtes Lübecker Problem verfehlter kurzsichtiger Wirtschaftspolitik. Daher ist die Salami-Politik der kontinuierlichen Ausweitung innenstadtrelevanter Sortimente, insbesondere von Kernsortimenten wie Bekleidung, in der Peripherie zu stoppen und stattdessen der Einzelhandel in der Innenstadt durch verbesserte Aufenthaltsqualität und komfortable Erreichbarkeit, z.B. durch verbesserten ÖPNV, zu fördern.

Angesichts der kritischen Situation von Karstadt und vor dem Hintergrund von Forderungen nach Mietreduktion an deren Vermieter, aber auch als Signal der Planungssicherheit für zukünftige Investoren in der Innenstadt wäre ein klares Zeichen der Bürgerschaft, diese verfehlte Einzelhandelspolitik in Zukunft nicht mehr fortzusetzen, ein hilfreicher und notwendiger Schritt.

Anlagen:

Ausschussmitglied